



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

19. Sitzung vom 18. Oktober 2010

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 21.15 Uhr

Leitung: A. Achermann

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: M. Bolleter, P. Heiz

Präsident:

Protokoll:

Alex Achermann

Jörg Bertsch / Esther Curti

Mitteilungen des Präsidenten

A. Achermann: Am 26. September haben die Stimmberechtigten von Binningen die Initiative für einen passenden und sicheren Eingang zum Binninger Schloss mit 2'887 Ja-Stimmen gegen 1'879 Nein-Stimmen angenommen. Die Initiative braucht jetzt noch einen Vollzugsschritt, und der Gemeinderat ist beauftragt, dem Einwohnerrat einen Vorschlag zur Umsetzung der Initiative zu unterbreiten. Der Einwohnerrat wird die Vorlage in absehbarer Zeit behandeln können.

Die Einwohnerratsmitglieder haben alle per Mail oder per Post einen Bericht der Baukommission zum Alters- und Pflegeheim Schlossacker erhalten. Sie sind eingeladen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Er ist für die heutige Einwohnerratssitzung nicht traktandiert.

Der Präsident begrüsst speziell Frau Esther Curti. Sie führt für Frau Brigitte Christen, die in Pension gegangen ist, das Protokoll, bis die Nachfolge geregelt ist.

Neu eingereichte Vorstösse:

- Interpellation der FDP-Fraktion: „Was hat das Projekt Gundeli-Tunnel für die Gemeinde Binningen für Auswirkungen?“, Gesch. Nr. 124
- Motion der FDP-Fraktion: „Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse“, Gesch. Nr.129

Es wird nicht das Wort gewünscht zur Begründung der Vorstösse. Diese gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Zur **Traktandenliste** beantragt der Präsident, das Traktandum 2, Ersatzwahl Präsidium GRPK, abzusetzen und auf eine der kommenden Sitzungen zu verschieben. Die Gespräche zwischen den Fraktionspräsidien haben noch zu keinem Schlussergebnis geführt. Zurzeit wird die Kommission vom Vizepräsidenten Gerhard Metz geleitet. Er steht auch für die Berichterstattung aus der Kommission zur Verfügung. Für die Stellvertretung von Gerhard Metz und für die Mitwirkung an der Sitzungsleitung und Organisation stellt sich zurzeit Frau Verena Dubi zur Verfügung.

Es gibt keine Wortmeldung zur Absetzung des Traktandums.

Traktandenliste	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 6.9.2010	
2. Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010: Ersatzwahl des Präsidiums der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2010	115A
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.8.2010: Neusatz-Schulhaus: Bauabrechnung für den Doppelkindergarten <i>Geschäftskreisführung: N. Schwarz</i>	109
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.8.2010: Primarschulhaus Neusatz: Investitionsausgabe für die Fenstersanierung der Turnhalle von CHF 120'000.— <i>Geschäftskreisführung: N. Schwarz</i>	108
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010: Abrechnung des Gesamtprojekts Schlosspark Binningen <i>Geschäftskreisführung: A. Schuler, C. Simon, A. Mati</i>	123
6. Bericht / Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 3.9.2010: Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats <i>Geschäftskreisführung: C. Simon</i>	121
7. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats 14.9.2010 zum GLP/FDP-Postulat: Vom Klimawandel, von Bananen und Kreiseln	119
8. Interpellation FDP vom 18.8.2010: Kinderspielplatz Drissel Antwort des Gemeinderats	122
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010: Spiegelfeld-Schulhaus, Sanierung Schulhaus Nord und Aula, Informationen zum Vorprojekt <i>Geschäftskreisführung: N. Schwarz</i>	126
10. Diverses	

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 6. September 2010 wird genehmigt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 115A**

Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010:

Ersatzwahl des Präsidiums der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2010

://:

Das Traktandum wurde abgesetzt.

Traktandum 3**Gesch. Nr. 109**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.8.2010:

Neusatzschulhaus: Bauabrechnung für den Doppelkindergarten

Eintreten:

keine Wortmeldung

Detailberatung:

SP: Barbara Jost Zürcher: Die SP-Fraktion dankt für die Abrechnung. Sie findet, es ist ein schöner Kindergarten geworden. Die Kosten sind absolut im Rahmen geblieben, worüber die SP sehr froh ist. Die Mehrleistungen und Zusatzkosten sind alle nachvollziehbar. Die SP hat eine Nachfrage: Sowohl im Kindergarten wie bei den Räumlichkeiten für den Mittagstisch gab es Probleme mit dem Schall. Wenn man dort steht und redet, tönt es sehr laut, und gerade beim Mittagstisch mit 20 Kindern ist das manchmal problematisch. Daher die Frage, ob diesbezüglich schon etwas getan wurde oder in absehbarer Zeit getan werden wird.

SVP: Beatrix Bürgin: Die SVP-Fraktion hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass der gewährte Kredit nur wenig überschritten wurde. Allerdings war die Bauabrechnung selber wenig transparent und aussagekräftig. Die Mehrleistungen zeigen auf, dass die Kosten punkto Sicherheit und Mittagstisch unterschätzt wurden. Die SVP stimmt der Genehmigung der Bauabrechnung zu und wird den Antrag auf einen Nachtragskredit unterstützen. Sie hat aber noch zwei Fragen: 1. Warum wurde dieser Neubau nicht als Minergie-Bau realisiert? 2. Was passiert mit dem Einnahmenüberschuss von CHF 400'000, der beim Verkauf der Liegenschaft an der Bündtenmattstrasse erzielt wurde?

FDP: Roger Moll: Die Realisierung des Doppelkindergartens ist vom Konzept her, auch bezüglich des Mittagstischs, befriedigend abgelaufen. Die Verantwortlichen, die neu dort eingezogen sind, sind von ihrem Arbeitsplatz begeistert. Der Entscheid, die Baurealisierung einem TU zu übergeben, war für dieses Projekt richtig. Die Querfinanzierung mit Einbezug des Verkaufs Bündtenmattstrasse und Sanierung der Rottmannsbodenstrasse 30 würde eigentlich etwas mehr Transparenz verlangen, auch in der Vorlage. Die Mehrkosten sind allerdings aufgelistet. In Bezug auf die Schlussrechnung sind es 2% Kostenüberschreitung, das ist grundsätzlich eine Ziellandung. Die Frage stellt sich noch, wie hoch die Mietzinseinnahmen aus der Rottmannsbodenstrasse anzunehmen sind. Die FDP stimmt der Bauabrechnung zu inklusive der rund CHF 36'000 Nachtrag.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen: Ihre Fraktion freut sich ebenfalls, dass der Kindergarten inzwischen von den Kindern erobert worden ist. Kinder brauchen, neben Liebe und Zuwendung, auch Luft und Licht, um sich stark und gesund entwickeln zu können. Mit den hohen Fenstern entspricht das Gebäude auch dieser Anforderung. Die energetische Bauweise und Einbindung in die bestehenden Gebäude sind fast optimal. Die Grüne/EVP-Fraktion bedauert, dass es nicht gelungen ist, das Primarschulhaus auch in die energetische Sanierung mit einzubeziehen. Die Mehrausgaben sind erklärbar und leuchten ein. Sie tun auch nicht gross weh, weil der Verkauf der Liegenschaft Bündtenmatt etwa eine halbe Million Gewinn ergeben hat. Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt der Bauabrechnung und dem Nachtragskredit zu.

CVP: Andrea Alt: Ihre Fraktion bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und wird die Bauabrechnung genehmigen. Ebenso bewilligt sie den Nachtragskredit. Die zusätzlichen Leistungen, die den Nachtragskredit erforderlich machen, sind klar ausgewiesen.

Stellungnahme de Gemeinderats:

Gemeinderätin Nicole Schwarz bedankt sich vorab für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme der Abrechnung und nimmt zu den gestellten Fragen Stellung.

Schallschutz: Das ist tatsächlich eine Problematik, an der man noch arbeitet. Gerade in den zurückliegenden zwei Wochen hat es sich der TU nochmals angesehen. Im Kindergarten ist die Frage, ob er richtig geplant und ausgeführt wurde. Beim Mittagstisch ist es etwas anders gelagert. Man hat auf jeden Fall ein Auge darauf, und man hat für beide Fälle schon Lösungen anvisiert. Man hatte gemeint, dass man die gegebenen Schallschutznormen eingehalten habe; aber nun gibt es tatsächlich Klagen, denen man jetzt nachgeht.

Transparenz bezüglich Verkauf Bündtenmatt-Kindergarten: Der Erlös wurde tatsächlich nicht in die Bauabrechnung aufgenommen. Dies kam wahrscheinlich dadurch zustande, dass sich beide Vorgänge auf unterschiedlichen Konten abspielen. Es war kein böser Wille. Die rund halbe Million steht jetzt in den Büchern und ist noch nicht zweckverwendet worden.

Minergie-Standard: Die Bauausführung ist nahe an den Minergie-Normen. Natürlich nicht Minergie P, es ist also kein Passivhaus. Es ist einfach sehr gut isoliert. Sicher kann man das vom Kindergarten sagen. Bei der Sanierung des Altbaus ist man nicht so weit gegangen. Und was das Neusatz-Schulhaus angeht: Wenn man dort wirklich energetisch sanieren wollte, müsste man mehr als CHF 300'000 bereitstellen.

Mit 37 Ja, bei 1 Enthaltung, wird beschlossen:

://:

3.1.: Die Bauabrechnung für den Doppelkindergarten Neusatz mit Gesamtkosten (Baukosten inkl. Teuerung) von CHF 1'817'524.25 wird genehmigt.

3.2: Für die Zusatzkosten wird ein Nachtragskredit von CHF 36'559.40 bewilligt.

Traktandum 4 Gesch. Nr. 108

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.8.2010:

Primarschulhaus Neusatz: Investitionsausgabe für die Fenstersanierung der Turnhalle von CHF 120'000.--Eintreten:

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel: Natürlich freut sich ihre Fraktion immer, wenn sie Energiesanierungen bewilligen darf. Im vorliegenden Falle jedoch ist die Fraktion sehr erzürnt über das Vorgehen des Gemeinderats. R. Bänziger gibt eine Chronologie der Ereignisse: Am 19. Oktober 2007 kam die Vorlage zum ersten Mal in den Gemeinderat: Doppelkindergarten, Umbau und Erweiterung des Primarschulhauses. Am 9. Juni 2008 wurde im Einwohnerrat – nach einer Beratung in der BPK – für beide Projekte ein Ausführungskredit bewilligt. Zusätzlich wurden speziell CHF 50'000 für Fenstersanierungen in der Turnhalle bewilligt, was damals nur zweite Priorität hatte; die Bewilligung erfolgte, weil man beim Lift hatte Geld einsparen können. Beide Projekte, der Doppelkindergarten und die Sanierung des Primarschulhauses, sollten zeitgleich ausgeführt werden. Im Sommer 2009 kamen anscheinend der Gemeinderat und die Schulleitung gemeinsam zum Schluss, dass der erarbeitete Ausbauplan keine dauerhafte Lösung für die Primarschule darstellen würde und die Projekte deshalb sistiert würden. Der Einwohnerrat und die BPK, die ja die Pläne immerhin beraten und bewilligt hatten, wurden aber über ein Jahr lang nicht darüber informiert. Im gleichen Sommer wurde der fertiggestellte Doppelkindergarten eingeweiht, das Primarschulhaus war aber immer noch nicht saniert. Jetzt erst, im Oktober 2010, also zwei Jahre nach der Bewilligung dieser Kredite, informiert der Gemeinderat endlich und beantragt, das Projekt Umbau zurückzustellen. Ein Umbau und eine Sanierungsausführung, die vom Einwohnerrat beschlossen worden waren, wurden ohne Information einfach sistiert. Ein klarer Auftrag der Legislative wurde einfach missachtet. In dieser Sache fühlt sich die Votantin als Parlamentarierin nicht ernst genommen. Aber es kommt noch besser: In der aktuellen Vorlage heisst es, der Kanton habe die Energievorschriften verschärft, jetzt sei Dreifachverglasung vorgeschrieben. Deshalb seien die Fenster nicht, wie vorgesehen gewesen, im Herbst 2009 mit Doppelverglasung saniert worden. Die Votantin hat beim Amt für Umweltschutz und Energie des Kantons, Fachstelle Energie, bei Herrn Jehle, nachgefragt: Richtig ist, dass die Energievorschriften im Juni 2009 verschärft wurden. Falsch ist, dass die neuen Vorschriften bei Sanierungen eine Dreifachverglasung vorschreiben. Der einzige Parameter, der vorgeschrieben ist, ist der Wärmedämmwert U. Er muss 1,3 Watt pro Quadratmeter und Kelvin betragen, und das kann auch mit Doppelverglasung erreicht werden. Warum schreibt der Gemeinderat in dieser Vorlage, dass Dreifachverglasung nötig sei? Und warum schiebt der Gemeinderat zur Begründung seiner Versäumnisse Bestimmungen des Kantons vor, die es so gar nicht gibt? Die Fenstersanierung kommt nicht auf CHF 50'000, sondern auf CHF 120'000 zu stehen. Auch da gibt es Zweifel. Der Leiter der Fachstelle für Energie, Herr Jehle, hält aufgrund seiner Erfahrung eine solche Verteuerung für unmöglich. Nach seiner Meinung müssen in diesem Betrag andere Arbeiten enthalten sein. Was sagt der Gemeinderat dazu? Wie steht es mit dem energietechnischen Zustand der Wände und der Decke dieser Turnhalle? Wurden diese auch untersucht? Wahrscheinlich wäre es effizienter und kostengünstiger, Fenster und andere Schwachstellen gleichzeitig zu sanieren. Ist die Bauverwaltung so sehr mit anderen Themen überlastet, dass die im Legislaturprogramm des Gemeinderates so hoch gelobten Energiesanierungen der gemeindeeigenen Bauten und Anlagen auf die lange Bank geschoben werden müssen? Man könnte schon seit mehr als einem Jahr neue doppelverglaste Fenster in der Turnhalle haben, und damit hätte man schon einiges an Heizkosten sparen können. Die Grüne/EVP-Fraktion befürwortet selbstverständlich die dringend nötige und lange verschlampte Fenstersanierung in der Turnhalle. Sie ist jedoch mit der Sistierung der Umbau- und Sanierungsarbeiten im Schulhaus Neusatz nicht einverstanden. Sie erwartet baldmöglichst eine konkrete Vorlage mit neuen Umbauplänen für das Neusatzschulhaus. Im Weiteren erwartet sie in den nächsten Monaten einen Bericht zum energietechnischen Zustand des Schulhauses und der Turnhalle, mit allenfalls weitergehenden Sanierungsmassnahmen für die Turnhalle. Und sie erwartet

in Zukunft eine Kommunikation, die den Namen verdient, und ein Ernstnehmen des Einwohnerrates als Gremium, das sehr viel Freizeit investiert für diese Gemeinde.

FDP: Roger Moll: In Bezug auf das neue Raumprogramm für die Primarschule, das im Zusammenhang mit HarmoS sowieso vollzogen werden muss, scheint es der FDP-Fraktion richtig, dass der Um- und Erweiterungsbau des Neusatzschulhauses zurückgestellt wird. Es ist sinnvoll, dass man die Fenster dieses hochgestellten Baus mit den angelegten Fenstern saniert, aus rein ökologischen Gründen. Dreifachverglasung von Fenstern, vor allem bei kantonalen und kommunalen Bauten, wird sicher vom AUE in absehbarer Zeit vorgeschrieben. Der FDP ist ebenfalls aufgefallen, dass man zwar die Fenstersanierung angehen will, dass aber die Frage der Deckensanierung in der Vorlage nicht angesprochen wird. Wenn man aber die Fenster saniert, müsste man auch sehen, ob die Decke ökologisch vertretbar gebaut ist. Die FDP ist gespannt auf die Konkretisierung der Schulhausplanung. Was die Optimierungsmassnahmen für den ganzen Schulhausbetrieb angeht, die in der Vorlage ebenfalls beschrieben sind, findet die FDP, dass diese für die Schülerinnen und Schüler in Bezug auf das alte Gebäude für den Moment gut ausgefallen ist. Für die Zukunft muss dies jedoch noch optimiert werden. Grundsätzlich sagt die FDP ja zur Zurückstellung des Um- und Erweiterungsbau des Primarschulhauses, weil noch diverse ökologische und Projekt-Abklärungen zu treffen sind. Die FDP ist dafür, die Investitionsausgabe vom 120'000 Franken für die Fenstersanierung vorzuziehen.

SVP: Christoph Anliker: Die SVP erachtet Energie und Geld sparende Massnahmen im Grundsatz als sinnvoll. Es macht jedoch keinen Sinn, eine solche Massnahme zu ergreifen, ohne zuerst das Ganze auf seinen Sanierungsbedarf hin anzuschauen. Wenn man das tut, kann man dafür sorgen, dass es nur eine Baustelle gibt und nicht mehrere, wenn evtl. bald darauf weitere Sanierungen nötig werden. Es nützt auch nichts, wenn man super Fenster hat, aber eine Wand, die nicht gut isoliert ist. Nicht geklärt ist auch, was mit den anteiligen CHF 165'000 des Kredits passiert, die nicht gebraucht werden. Leider muss die SVP wieder einmal an das Demokratieverständnis des Gemeinderats appellieren. Seit wann entscheiden zwei Exekutivbehörden, ob ein Projekt weitergeführt wird oder nicht? Es ist der Einwohnerrat, der der Auftraggeber dieses Projekts war. Weil so viele Fragen offen sind und weil eine Dreifachverglasung, wie man vorhin hörte, gar nicht nötig ist, ist die SVP-Fraktion gegen die Investitionsausgabe von CHF 120'000.

SP: Traude Rehmann: Die SP ist auch der Meinung, dass die Turnhallenfester saniert werden müssen. Sie möchte dem Gemeinderat aber mitgeben, dass man die Decke noch anschaut, bevor man die Fenster macht, damit man nicht zwei Baustellen nacheinander hat. Es wäre sinnvoll, man könnte diese Fenster jetzt sanieren und damit auch wirklich Energie sparen. Etwas anderes, das der SP auch noch am Herzen liegt, und gerade der Votantin als BPK-Mitglied: In der Kommission wurde auch über den Lift gesprochen. Der ist immer noch nicht im Neusatz-Schulhaus eingebaut. Er war nicht nur für den Transport von behinderten Kindern gedacht, sondern auch für manche weitere Zwecke. Die SP-Fraktion sieht daher nicht ein, wieso der Lift bisher nicht eingebaut wurde. Nun wird es aber in den kommenden Jahren Veränderungen geben, daher will die Votantin in diesem Punkt nicht zwingen. Sie hofft einfach, dass sie diesen Lift noch erlebt.

FDP: Pascal Treuthardt: Zur Frage der Grüne/EVP-Fraktion wegen Zweifach- oder Dreifachverglasung: Es stimmt schon. Das Energiegesetz des Kantons gibt nur den U-Wert vor. Aber es gibt auf dem Markt keine Zweifachverglasung, die diesen Wert einhält, oder wenn es sie theoretisch gibt, ist sie unwahrscheinlich teuer; und eine Dreifachverglasung nicht nur günstiger, sondern auch besser.

CVP: Andrea Alt: Die CVP wird den beiden Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Zum Antrag 1 ist sie auch der Meinung, dass es richtig ist, den Umbau und die Erweiterung des Neusatz-Schulhauses in die Schulraumplanung zu integrieren, wie sie nach der Annahme von HarmoS

vorgesehen ist. Das Ersetzen der Turnhallenfenster sieht die CVP als isoliertes und dringliches Projekt an. Dass dabei die Kosten so massiv über den geschätzten CHF 50'000 liegen, findet die CVP sehr bedauerlich.

SP: Verena Dubi sagt zuhanden der Grünen: Sie ist heilfroh, dass der Gemeinderat so genannt „geschlampt“ hat bei der Sanierung dieses Schulhauses. Denn anderenfalls hätte man jetzt ein saniertes Schulhaus, oder vielmehr eine Baustelle, und man müsste im Hinblick auf HarmoS alles wieder auf den Kopf stellen. Etwas anderes ist es vielleicht hinsichtlich der Information. Aber das „Verschlampen“ hat sich am Ende nur gut ausgewirkt in Bezug auf die Finanzen.

FDP: Markus Ziegler ist über die Sache mit HarmoS auch ein bisschen gestolpert und hat sich gewundert, dass der Gemeinderat die Sache jetzt anders sieht. Aber man darf schliesslich auch gescheitert werden. Wenn der Gemeinderat in diesem Punkt nochmals über die Bücher gegen will, so möchte der Votant ihm dies zugestehen. Über das flammende Votum der Grünen musste M. Ziegler schmunzeln, denn es enthält einen falschen Schluss. Wenn die Grünen schon so argumentieren wollen, dann müssen sie den Kredit ablehnen. Allerdings sind der FDP durch die Ausführungen auch einige Fragen gekommen. Die Sanierung ist ja für die Sommerferien 2011 geplant, also erst in einem Dreivierteljahr ab jetzt. Der Votant möchte daher beliebt machen, dass man die Vorlage nochmals zurücknimmt und die weitergehenden Fragen – zum Beispiel was das Dach angeht – auch noch prüft. Es ist jetzt noch genug Zeit, und man kann über die Vorlage auch noch im Februar oder im März abstimmen.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag von Markus Ziegler. Es sind, wie bereits Christoph Anliker ausführte, aufgrund der wertvollen Inputs der Grünen noch einige Fragen offen. Und weil man ja nicht unter Zeitdruck steht, besteht kein Grund, die Sache zu forcieren.

Präsident Alex Achermann fragt nach, ob er das Votum von Markus Ziegler richtig als Rückweisungsantrag verstanden hat.

FDP: Markus Ziegler stellt klar, das er bisher meinte, der Gemeinderat könne das Geschäft auch selber zurücknehmen. Aber er kann natürlich auch Rückweisung beantragen.

Präsident Alex Achermann bittet den Gemeinderat um Stellungnahme.

Stellungnahme des Gemeinderats: *Gemeinderätin Nicole Schwarz* stellt fest, dass sie dem Einwohnerrat die Karte nicht aus der Hand nehmen möchte, einen Antrag zu stellen. Sie möchte die gestellten Fragen beantworten, dann soll der Einwohnerrat entscheiden, ob er es eine gute Idee findet, den Antrag des Gemeinderats zurückzuweisen. Eine Dringlichkeit – um an die letzten Voten anzuknüpfen – ist tatsächlich nicht vorhanden. Deshalb war auch der Gemeinderat der Meinung gewesen, dass diese Sanierung nicht unbedingt schon im Jahr 2009 umgesetzt werden musste. Die Sanierung stand tatsächlich ein bisschen im Windschatten des Neubaus, auch was die Kapazitäten der Bauabteilung angeht. Diese hat sehr viel zu tun und kann realistischerweise nicht an allen Fronten gleichzeitig kämpfen. Dies soll allerdings keine Pauschalentschuldigung für die Verzögerung sein.

Zum Votum der Grünen: Es war auch das persönliche Anliegen von Gemeinderätin Nicole Schwarz, dass man die Einheit der Materie wahrt und dem Einwohnerrat zusammen mit der Bauabrechnung des Doppelkindergartens auch zur Kenntnis gibt, wie es sich mit der anderen Angelegenheit verhält, die damals im Jahr 2008 überwiesen wurde. Es wurde nicht nichts getan – insoweit muss die

Bauabteilung in Schutz genommen werden. Es fanden Arbeitsgruppensitzungen statt und Begehungen des ganzen Schulhauses, man hat die verschiedenen Schauplätze angeschaut und überlegt, wie es weitergehen soll. Mitten in den Sommerferien wurde dann festgestellt, dass ein Einbau des Velokellers zu einem Schulzimmer absolut unrealistisch ist, und dass das Herausreissen von Wänden in der früheren Hauswartwohnung ebenfalls unrealistisch ist. Gemeinderätin Schwarz erhielt dann in den Ferien einen Anruf und musste kurzfristig sagen: Go oder no go? Die Sommerferien sind begrenzt, und wenn man sie nicht nutzt, muss man ein Jahr warten; eine Tatsache, die man im Rat in den nächsten Jahren noch öfter hören wird, wenn es um Veränderungen an den Schulhäusern im Hinblick auf HarmoS geht. Damit ist auch auf das Votum von Markus Ziegler geantwortet: Jetzt rasch noch etwas einkaufen und einbauen – das müsste in den Weihnachtsferien passieren, und es wäre relativ unrealistisch, das über die Bühne zu bekommen.

An die Adresse der Grünen noch etwas zur Chronologie der Ereignisse: Weder die Bauverwaltung noch der Gemeinderat sitzen mit hängenden Armen da und warten, was passiert. Man hat das sehr genau angeschaut, sowohl bei der Mehrkostenbewilligung beim Doppelkindergarten Neusatz wie bei dem Entscheid, die Sanierung zu stoppen und zu warten, bis man für das Neusatzschulhaus insgesamt eine bessere Lösung findet. Man wollte das in einem grösseren Zusammenhang sehen, Und natürlich hat man auch rasch gemerkt, dass die CHF 300'000 bei weitem nicht ausreichen. Das hat sich auch gekreuzt mit dem Bescheid, dass die gewissermassen „aus dem Ärmel geschüttelten“ CHF 50'000, die man beim Lift einsparen konnte, viel zu wenig sind für die komplette Fenstersanierung an der Turnhalle. Wann ist nun der beste Zeitpunkt, um mit diesem Geschäft in den Einwohnerrat zu gehen? Idealerweise mit der Bauabrechnung für den Doppelkindergarten. So hat sich das hingezogen. Jetzt kann man aber Informationen vorlegen, die wirklich stimmen, und mit Aussagen, hinter denen der Gemeinderat wirklich stehen kann. Noch etwas zum Sanierungsniveau der Turnhalle: Selbstverständlich ist es mit den Fenstern nicht getan. Dach und Wände sind ebenfalls durchlässig; das Haus wurde in den 1940er Jahren gebaut. Die Grundlage, auf der der Gemeinderat entschieden hat, war eine andere als die, auf der die Auskünfte beruhten, die man den Grünen in Liestal gab. Wenn man Baufachleute in Sachen energetische Sanierung fragt, erhält man sehr unterschiedliche Auskünfte. Der Gemeinderat hat sich für ein Vorgehen Schritt für Schritt entschieden. Es ist eine gute Investition, diese Fenster jetzt zu sanieren – ob zwei- oder dreifach verglast, dazu hat Gemeinderätin Schwarz keine persönliche Präferenz. Es ist wichtig, einmal einen Schritt zu tun, das schliesst nicht aus, dass man nachher weitermacht. Richtig ist auf jeden Fall: mit den Fenstern allein ist es nicht getan; dies war auch nie das Ziel. Man hat immer gewusst, dass da noch einiges an Sanierungsschüben kommt – zum Beispiel die Pausenhalle oder das Lehrerzimmer, wo es richtige Löcher neben den Fenstern hat.

Zuletzt noch zum Lift: Der Treppenlift ist aus Sicht der Schule nicht die beste Lösung, zum Beispiel weil er anfällig für Vandalismus ist. Der Lift ist auch keine für den Schulalltag dringlich notwendige Einrichtung. Es war eine vernünftige Entscheidung des Gemeinderats zu sagen, man prüft die Liftfrage später nochmals, wenn man sowieso umbaut.

Dann noch zur Frage, was mit den allenfalls nicht angetasteten CHF 165'000 passiert: Die bleiben natürlich unangetastet, solange dieser Investitionskredit nicht für den Zweck, für den er einmal gesprochen worden war, gebraucht wird.

FDP: Markus Ziegler stellt fest, dass Gemeinderätin Schwarz ihn falsch verstanden hat. Er meinte nicht, dass man in den Weihnachtsferien Bauarbeiten durchführen lassen soll. Seine Feststellung war, dass geplant ist, die Turnhallenfenster in den Sommerferien 2011 zu sanieren. Da nun einige aus Sicht der FDP-Fraktion interessante Fragen aufgetaucht sind, die heute Abend nicht beantwortet werden können, und da genügend Zeit zur Verfügung steht, kann man das Geschäft zurückweisen. Falls der Gemeinderat es nicht selbst zurücknimmt, stellt er den Antrag, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, damit dieser die nötigen Abklärungen treffen und dann wieder an den Einwohnerrat gelangen kann. Es reicht zeitlich allemal, wenn das im Februar geschieht.

SVP: Urs-Peter Moos: Nach den Information durch Gemeinderätin Nicole Schwarz ist die SVP-Fraktion erst recht überzeugt, dass man die Sache noch genauer anschauen sollte. Es kann nicht sein, dass man Fenster saniert, dann aber die Wärme durch die Decke und die Wände verloren geht. So spart man überhaupt keine Energiekosten ein. Wenn dieses Gebäude dermassen an allen Ecken sanierungsbedürftig ist, dann sollte der Rat von Anfang an wissen, wie viel die energetische Sanierung des Gebäudes gesamthaft kosten wird.

Gemeinderätin Nicole Schwarz ruft in Erinnerung, wie es ihres Wissens mit der Fenstersanierung zugegangen ist. In der BPK stand zunächst die Sanierung der Turnhalle gar nicht zur Debatte. Dann kam die Idee, das beim Volllift eingesparte Geld in die Fenstersanierung zu verwenden, dabei wurde argumentiert im Sinne von: Lieber einen Schal anziehen als gar nichts tun, wenn es kalt ist.

SP: Verena Dubi: Stimmt es, dass es durch diese Fenster hereinregnet? Wenn dort wirklich Wasser eindringt, wäre das klar ein Argument dafür, diese Fenster bald zu sanieren, ehe sich innen Schimmel bildet.

CVP: Lucas Metzger: Aufgrund der vielen Fragen stellt die CVP-Fraktion den Antrag, das Geschäft an die BPK zu übergeben. Dort kann es schneller bearbeitet werden als wenn es jetzt zurückgewiesen wird und dann nochmals in die BPK geht. Dann könnte es zeitlich eng werden, wenn die Umbauten in den nächsten Sommerferien vorgenommen werden sollen.

SP: Albert Braun wohnt in einem Haus, das etwa gleichzeitig mit dem Primarschulhaus und der Turnhalle gebaut wurde. Man weiss, dass in jener Zeit die Fenster Schwachpunkte waren Mauern und Dächer waren in der Regel wesentlich besser. Der Votant fände es gut, jetzt mit den Fenstern zu beginnen und anschliessend eine Gesamtsanierung des übrigen Gebäudes ins Auge zu fassen.

FDP: Markus Ziegler versteht selbst relativ wenig vom Bauen, stellt aber fest, dass es im Saal mindestens 20 Bauexperten hat, und wahrscheinlich ist die BPK besonders dicht mit ihnen besetzt. Das Geschäft jetzt an die BPK zu überweisen, wäre der falsche Weg. Bei allem Respekt vor den Mitgliedern der BPK möchte der Votant nicht, dass die Kommission sich eigenhändig von der Dichtigkeit des Daches überzeugt. Das ist Aufgabe der Verwaltung. Die Legislative würde da in einen Bereich eingreifen, der ihr nicht zusteht. Wenn der Einwohnerrat mit dem Geschäft nicht einverstanden ist, dann muss er es an den Gemeinderat und die Verwaltung zurückweisen; oder anderenfalls muss der Einwohnerrat dem Geschäft zustimmen. Diese beiden Möglichkeiten gibt es, und es ist nicht Aufgabe der BPK, Ideen zu entwickeln, was man sonst noch alles machen könnte.

SVP: Urs-Peter Moos teilt die Auffassung von Markus Ziegler. Die BPK ist definitiv nicht die richtige Adresse. Der Votant stellt den Ordnungsantrag, jetzt abzustimmen.

Mit 33 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen wir beschlossen:

://: Der Ordnungsantrag, lautend auf sofortige Abstimmung, wird angenommen.

Mit 26 Ja-Stimmen, bei 12 Nein und keiner Enthaltung wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 123

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010:

Abrechnung des Gesamtprojekts „Schlosspark Binningen“

Eintreten:

SP: Severin Brenneisen: Die SP-Fraktion ist grundsätzlich sehr zufrieden mit dem Projekt, mit dem Imhof-Haus, dem Schloss, dem Ensemble, das jetzt für die Gemeinde zugänglich ist. Insbesondere ist auch das Café, das am Sonntag geöffnet hat, eine Bereicherung. Mit den Verbesserungen, die jetzt noch angerissen sind, wird das gut kommen. Mit der Strasse, der Schlossgasse, sieht es leider etwas anders aus. Im Nachhinein muss man sagen, dass das Erstellen der Schlossgasse dem ganzen Ensemble nicht so gut tut. Insbesondere ist es für Velofahrer gefährlich. Für Fussgänger ist es verboten, und für die Automobilisten ist es auch recht spektakulär. Die SP-Fraktion hat aber trotzdem über das Gesamte gesehen ein gutes Gefühl. Es gab zwar Mehrkosten, aber angesichts der entstandenen Probleme war dies zu erwarten. Und angesichts der sehr detaillierten, gut und verständlich dargestellten Abrechnung kann man es nachvollziehen. Bezüglich Antrag 3 möchte der Votant der Gemeinde ein Kränzlein winden. Er ist der Meinung, dass die einmalige Abgeltung für das Unterbaurecht eine sehr günstige Variante für die Gemeinde ist. Es kommt nicht oft vor, dass man so etwas mit einer einmaligen Zahlung erreichen kann, und der Betrag scheint vernünftig zu sein.

Grüne/EVP: Anand Jagtap: Eigentlich könnte man dem Gemeinderat zustimmen und sagen, die Mehrkosten des Schlossparkprojekts bewegen sich teuerungsbereinigt im Bereich der Schätzungsungenauigkeit der Planung. Also ist alles bestens. Das gesprochene Geld ist verbaut. Wir müssen jetzt nur noch den Zusatzkredit sprechen. Aber genau das wird die Grüne/EVP-Fraktion nicht tun. Ihr fehlt nach Durchsicht der Abrechnung schlicht der Glaube, dass sie korrekt zusammengestellt wurde, oder anders gesagt, dass jetzt die Abrechnung desjenigen Projekts vorliegt, dem man im Jahr 2004 zugestimmt hatte. In der Abrechnung tauchen Einwohnerrats-Vorlagen auf, die gar nicht als Teil des Schlossgartenprojekts deklariert worden waren. Es hat auch Vorlagen darin, die explizit vom Schlossgartenprojekt getrennt worden waren, weil sie zum Beispiel Spezialfinanzierungen betreffen, zum Beispiel die Abwasserleitungsbau-Geschäfte 53 und 97. Wenn also möglichst viele Projekte in der Abrechnung im und um den Schlosspark in der Abrechnung vereint werden, so haben diese mit ihren Überschüssen, aber auch mit ihren Defiziten zur Finanzierung des Gesamtprojekts beigetragen. Hierbei kann es zwangsläufig zu Verzerrungen kommen. Die Grüne/EVP-Fraktion will aber die volle Transparenz und glaubt, dies den Einwohnerinnen und Einwohnern auch schuldig zu sein. Daher ist die Fraktion für die Überweisung der Abrechnung an eine Spezialkommission zwecks Überprüfung und Herstellung der Transparenz.

FDP: Markus Ziegler: Als altmodischer Mensch schätzt er die Diskussion im Rat und tut seine Meinung daher erst jetzt kund, nicht schon als Primeur an einem anderen Ort. Die FDP-Fraktion kann sich relativ stark an das Votum der Grünen anschliessen. Man muss aber einen etwas grösseren Bogen spannen. Man hat hier ein sehr grosses Projekt hinter sich gebracht, welches auch schon ein „Generationenprojekt“ genannt wurde. Solch ein Projekt verdient einen würdigen Abschluss, das haben auch die Stimmbürger und Steuerzahler von Binningen zugute. Das Projekt war auch nie? unumstritten; es gab diverse Volksabstimmungen dazu. Es ist ein politisch sensibler Bereich. Der FDP-Fraktion ist es daher zu wenig, dies nun in einer Sitzung durchzuwinken. Zur finanziellen Dimension: Dieses Projekt mit über 20 Millionen macht etwa einen Drittel einer Gemeinderechnung aus. Eine Gemeinderechnung wird mit Selbstverständlichkeit an eine Kommission überwiesen, die sie detailliert überprüft und Bericht erstattet. So sollte es auch im vorliegenden Fall sein. Die FDP beantragt daher ebenfalls, das Geschäft in eine Spezialkommission zu geben. Man hat verschiedene Fragen, die man nicht im Rat detailliert prüfen lassen will, jedoch in einer Kommission. Beispiel: Der Bodenbelag im Schlosspark wird zwar als Verursacher von Mehrkosten dargestellt, aber die Begründung dafür fehlt.

SVP: Urs-Peter Moos: Spannend an dieser Schlussabrechnung ist, dass sie just nach der Abstimmung über die Volksinitiative für einen passenden und sicheren Eingang zum Binninger Schloss dem Rat vorgelegt wird. Der Gemeinderat hatte bei der Abstimmung ins Feld geführt, man müsse auf die Kosten schauen, jetzt will er einen zweiten Nachtragskredit von knapp einer Million Franken. Konsequente Politik sieht anders aus. Als Grund für die enorme Kostensteigerung von schlussendlich 7 Millionen wird einmal mehr eine Einsprache angeführt, und einmal mehr verschweigt der Gemeinderat, das er massgeblich für diese Einsprache verantwortlich ist, indem er das geltende Bau- und Raumplanungsgesetz des Kantons nicht eingehalten hat. Die Abrechnung ist spät, nicht transparent, nicht nachvollziehbar. Sie passt zu diesem Schlossparkprojekt, von dem man der Binninger Bevölkerung einen Mehrwert versprochen hatte. Das Gegenteil ist eingetreten. Das Restaurant und das Hotel werden für die nächsten Jahre eine schwere Hypothek sein. Statt sich dem Thema zu widmen, hat man die Verwaltung der Immobilie an eine Immobilienverwaltungsgesellschaft abgegeben. Verantwortung sieht ebenfalls anders aus. Die SVP beantragt, die Abrechnung in eine Spezialkommission zu überweisen. Den Nachtragskredit lehnt sie ab. Was die CHF 110'000 für die St. Clara-Stiftung angeht, wurde kommuniziert, dass dort keine Kosten anfallen. Angesichts des Mehrwerts, den die Gemeinde mit diesem grossen Garten geschaffen hat, hätte die SVP angenommen, dass man ohne diese Zahlung durchkommt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *Gemeindepräsident Charles Simon* gibt namens des Gesamtgemeinderats die nachstehend im Wortlaut wiedergegebene Erklärung ab:

"Erklärung im Namen des Gemeinderats"

Zur Schlosspark-Abrechnung, Einwohnerrat vom 18. Oktober 2010
(in Mundart verlesen)

Vergangene Woche ist im Vorfeld zur heutigen Einwohnerratsdebatte eine Medienmitteilung (MM vom 14.10.2010) der SVP versandt worden. Da Stil und Inhalt unseres Erachtens den akzeptablen Rahmen überschreiten, gebe ich im Namen des Gesamt-Gemeinderats (GR) folgende Erklärung ab:

Das Schlossparkprojekt war bekanntlich sehr komplex, umfasst fünf Teilprojekte und ist äusserst umfangreich. Es hat sich zudem wegen einer Einsprache über wesentlich längere Zeit hinweg gezogen. Der Bauablauf musste deswegen gekehrt werden und es gab weitere unerwartete, kostensteigernde Überraschungen. Trotzdem: der GR ist mit dem Ergebnis des Projekts sehr zufrieden: wir haben mit dem neuen Schlosspark ein wichtiges städtebauliches Werk für Binningen geschaffen, mit dem auch das gesellschaftliche Leben aufgewertet wird. Der neue Schlosspark mit allen zugehörigen Angeboten wie Restaurant, Hotel, Zivilstandsamt und Schlossplatz ist ein wichtiger Orientierungspunkt für Binningen, der auch in die Region ausstrahlt!

In der besagten MM wird der GR u.a. beschuldigt für:

- undemokratisches Verhalten
- massive Kostenüberschreitung

- sei für Rechtsstreit mit Einsprecherin selber verantwortlich, da er das Gesetz nicht respektierte.

1) „Undemokratisches Verhalten“

Antwort: wir legen im Bericht alle Facts offen, im Gegensatz zur SVP, die in der MM zwar einige Kritikpunkte bezeichnet, nicht aber eine Kommissionsberatung abwartet, bei der ja verständliche, schlüssige und hoffentlich allseits akzeptierbare Antworten resultieren können. Nein: die SVP droht bereits jetzt mit dem Referendum falls der ER dem Nachtragskredit von 0,9 Mio zustimmt. Da fragen wir uns, wer undemokratisch handelt!

2) „Massive Kostenüberschreitung“

Antwort: die MM unterstellt, dass die Überschreitung von ursprünglich 15 auf gegen 22 Mio, also fast 7 Mio betrifft. Lesen Sie den gemeinderätlichen Bericht bitte genau durch: die tatsächliche Überschreitung beträgt 0,9 Mio, also rund 4%. Die Differenz zu den ursprünglich vom Volk im 2004 bewilligten 15 Mio ergibt sich u.a. aus den 2,3 Mio Teuerung, dem Zusatzkredit von 2007 über 1,23 Mio und weiteren zusätzlichen Faktoren: dies alles ist im gemeinderätlichen Bericht belegt.

3) „Für den Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Einsprache ist der GR selbst verantwortlich, da er den gesetzlich festgelegten Minimalabstand zu Gewässer nicht respektieren wollte“.

Antwort: Die Gemeinde hat das Gesetz eingehalten. Für das Projekt Einstellhalle hat der Einwohnerrat (ER) auf Antrag des GR im 2005 den Teilzonenplan (TZP) angepasst und beschlossen. Die Einsprecherin hat gegen den TZP Einsprache gemacht. Der Regierungsrat hat dann im Sommer 2006 die Zonenmutationen ebenfalls genehmigt. Die Einsprecherin zog weiter ans Kantonsgericht. Auf Vorschlag des Kantonsgerichtspräsidenten kam es im August 2007 zu einer aussergerichtlichen Einigung. Dies dank dem Vorschlag der Gemeinde mit unserem neuen, überarbeiteten, jetzigen Projekt, d.h. der jetzigen Lösung, was nochmals zu Mehrkosten führte.

Der GR ist empört und auch irritiert über die Schlechtmacherei in dieser MM und über das grundsätzliche Misstrauen gegenüber Verwaltung und Gemeinderat. Wo soll das noch hinführen? Der GR weist die Unterstellungen und Vorwürfe in der besagten MM in aller Form zurück. Insbesondere verurteilt er pauschale, polemische Vorverurteilungen ohne Rückfragen oder seriöse, sachliche Abklärungen. Der GR ist im Rahmen des laufenden politischen Prozesses gerne bereit, alle offenen Fragen im Rahmen einer Kommissionsberatung darzulegen und zu begründen. Der GR erwartet, dass wir in Zukunft in Binningen wieder zur politischen Fairness und Sachlichkeit zurückzukehren!

Der GR würde begrüßen, wenn das Geschäft in eine Kommissionsberatung käme mit Zuzug eines unabhängigen, externen Experten (Rechnungsprüfer), weil es ein sehr komplexes Geschäft ist.

Gemeinderätin Agathe Schuler trägt einige Ergänzungen vor.

Das Projekt Schlosspark hat sich über mindestens 15 Jahre, seit der Volksinitiative über 20 Jahre erstreckt. Mehrere Generationen PolitikerInnen, Einwohnerräte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben sich damit auseinandergesetzt. Hindernisse und Unerwartetes haben Planungsänderungen erfordert und die Ausführung erschwert – zum Beispiel die sehr komplexe Frage, an welcher Stelle man die vom Kanton vorgeschriebenen Parkplätze unterbringen kann. Mit der Schlussabrechnung muss der Gemeinderat einen Nachtragskredit von CHF 900'000 beantragen. Das ist viel Geld. Dafür hat man aber ein Gesamtprojekt mit unter anderem folgenden Teilen: unterirdische Einstellhalle, Umbau und Erweiterung der Parkanlage, Gestaltung des Schlossplatzes, grossräumige Begrünung, Verlegung und Neubau einer Strasse. Sehr komplex war die Aufgabe, das denkmalgeschützte Imhof-Haus aus dem 16. Jahrhundert zu sanieren. Der Birsig musste leicht verlegt werden, inklusive Hochwasserschutz und Renaturierung auf einer kleinen Strecke. Die Aufzählung ist unvollständig. Dafür sind Mehrkosten von 4,3% entstanden. Das ist vielleicht doch vertretbar angesichts der Komplexität und der Schwierigkeiten. Es ist übrigens nicht böser Wille, dass die Abrechnung jetzt nach der Abstimmung zur Volksinitiative kommt. Man hat gewartet, bis man die letzten offenen Posten – Versicherungsrückvergütungen – geklärt hatte, weil man nicht mit einer unvollständigen Abrechnung in den Rat gehen wollte.

Zu den Zonenmutationen: Im Einwohnerrat wurde am 31.1.2005 abgestimmt über die Mutation der Teilzonenvorschrift Nr. 9, über die Mutation der Spezialzonen für Kulturgüterschutz, über die Mutation des Strassennetzplanes sowie über die Mutation der Gewässer- und Baulinie. Der Einwohnerrat hat diese Mutationen mit 34 zu 1 Stimme gutgeheissen. Hiergegen hat die benachbarte Eigentümerin Einsprache beim Regierungsrat eingelegt. Das gesetzlich vorgeschriebene Verständigungsverfahren führte zu keinem Resultat. So hat der Regierungsrat im Sommer 2006 entschieden und die neuen Zonenvorschriften genehmigt. Die einsprechende Eigentümerin hat den Fall dann ans Kantonsgericht gezogen. Inzwischen hatte der Gemeinderat beschlossen, das Parking auf Basis der alten Zonenpläne, leicht verschoben und abgeändert, zu bauen und reichte ein Baugesuch ein. Auch hiergegen legte die Nachbarschaft – die gleiche Firma – Einsprache ein. Als die Gemeinde wegen der Mutation des Zonenplans vor Gericht stand und erwähnte, dass die Einsprache auch gegen das Baugesuch auf alter Basis eingelegt worden war, machte der Kantonsgerichtspräsident den Klagenden klar, dass es unter diesen Umständen besser wäre, einen Vergleich zu akzeptieren. So gelang es schliesslich dem Kantonsgerichtspräsidenten im August 2007, eine aussergerichtliche Einigung herbeizuführen, und der Weg war nun offen, um die Einstellhalle ungefähr so zu bauen, wie man es anfänglich wollte, allerdings mit Massnahmen zum Schutz des Einsprechenden. All diese unerwarteten Dinge führten dazu, dass man mehrmals projektieren musste. Man hatte nämlich vorgehabt, die Einstellhalle zuerst noch beiseite zu lassen.

Zu den Kosten des Gesamtprojekts: Es ist nicht so, dass sich 15 Millionen und 21,85 Millionen gegenüberstehen und der Unterschied von 7 Millionen sind Mehrkosten. So einfach ist es nicht. Durch den Einwohnerrat, bzw. durch Volksabstimmungen sind ca. CHF 18,65 Millionen bewilligt. CHF 1,23 Millionen waren der Zusatzkredit, den das Volk bewilligte, und ca. 2,37 Millionen waren vom Einwohnerrat bewilligte Kredite, einerseits für die Kanalisation Schlossgasse, sowie für diverse Planungskredite. Diese wurden weitgehend bereits vor mehr als zehn Jahren, wie man in der Vorlage nachlesen kann, bewilligt. Dazu kommt die Teuerung, die nach den allgemein gültigen Regeln berechnet wurde und etwa CHF 2,3 Millionen beträgt. Damit kommt man auf die 20,95 Millionen. Die Schlussabrechnung weist einen Ausgabenbetrag von 21,85 Millionen aus; dies sind die Mehrkosten von 0,9 Millionen. Die Sanierung der Kanalisation in der Schlossgasse wurde gemäss Abstimmung im Einwohnerrat als Einzelprojekt bewilligt, aber ausgeführt wurde sie zusammen mit der Verlegung der Schlossgasse. Das macht Sinn. In dem Schlusspreis ist also sogar noch einiges mehr enthalten als nur das Schlossparkprojekt. Das ist kein grosses Problem, denn das Kanalisationsprojekt hat praktisch dem Voranschlag entsprechend abgeschlossen.

Baurechtsentschädigung für Einstellhalle: Man kann nicht einfach sagen, dies sei eine überflüssige Zahlung gewesen. Man muss auch sehen, dass die St. Clara-Stiftung jetzt nicht nur einen schöneren Garten hat, sondern es ist auch ein anderer, ein kleinerer Garten an der Amerikanerstrasse. Die Mieter mussten über Jahre die Bauerei ertragen. Von Anfang an war daher klar, dass das irgendwelche Kostenfolgen haben wird. Eine Einmalzahlung in Höhe des jetzigen Betrages ist sicher eine gerechtfertigte Entschädigung.

Der Gemeinderat stellt sich gerne der Überprüfung durch eine Spezialkommission.

SP: Verena Dubi: Die Spezialkommission steht im Raum. Die SP findet dies eigentlich nicht nötig, zumal es auch wieder Kosten aufwirft. Soweit es nicht nur darum geht, wieder einmal den Gemeinderat und die Verwaltung schlechtzumachen, ist nicht ersichtlich, wo man Geld hereinholen könnte. Die Votantin stellt Ordnungsantrag auf sofortige Abstimmung.

Mit 29 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen wird beschlossen:

:// Dem Ordnungsantrag auf Abstimmung wird zugestimmt.

Mit 23 Ja- und 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

:

:// Das Geschäft wird an eine Spezialkommission überwiesen.

Mit 25 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen wird beschlossen:

:// Die Spezialkommission besteht aus 9 Mitgliedern.

Präsident Alex Achermann teilt mit, dass das Präsidium der Kommission turnusgemäss bei der SP-Fraktion liegt. Er bittet die Fraktionspräsidentinnen und –präsidenten, im Anschluss an die Sitzung die Kommissionsmitglieder zu benennen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 121

Bericht / Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 3.9.2010:

Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Präsident Alex Achermann: Das Büro beantragt, den § 22 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats zu ändern. Neu sollen eingereichte Vorstösse nicht mehr bereits innert einer der zwei folgenden Einwohnerratssitzungen behandelt werden müssen, sondern an einer der *drei* folgenden Sitzungen. Der Antrag des Büros beruht auf einem Begehren des Gemeinderats nach Erweiterung der Behandlungsfrist auf sechs Monate bezüglich der Behandlung parlamentarischer Vorstösse. Das Büro wollte diesem Antrag in der Mehrheit nicht folgen. Ein Teil des Büros wollte sogar die bisherige Regelung bestehen lassen.

Eintreten:

SVP: Susanna Keller: Die SVP lehnt die Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats ab. Mit der beantragten Änderung würde sich der Einwohnerrat selber schwächen. Die bereits heute geltende Ausnahmeregelung – auf Antrag des Gemeinderats kann der Präsident die Beratung an einer späteren Sitzung festlegen – lässt alle Möglichkeiten offen, der Situation entsprechend zu handeln. Die in der Vorlage erwähnte Ausgangslage steht zudem in klarem Widerspruch zum eigentlichen Antrag. Denn neben der Behandlungsfrist, die verlängert werden soll, ist es offensichtlich zu weiteren Verzögerungen bei der Behandlung der Vorstösse durch den Rat gekommen. Beispiel: Die SVP-Interpellation „Gravierende Sicherheitsmängel im Schlosspark“ vom 24.4.2009 wurde, notabene mit der bestehenden Geschäftsordnung, erst am 26.10.2009, das heisst eigentlich zu spät, vom Gemeinderat beantwortet. Ausnahmen hat es somit schon vorher gegeben. Mit der neuen Regelung müsste ein Vorstoss, eingereicht in der letzten Einwohnerratssitzung vor den Sommerferien, unter Voraussetzung, dass nach den Sommerferien eine Einwohnerratssitzung ausfällt, erst in der Dezember-Sitzung behandelt werden. Somit wäre man genau bei dem halben Jahr Behandlungsfrist, das der Gemeinderat beantragt hat. Das ist eindeutig zu lang. Der Antrag bringt somit – ausser weiteren Verzögerungen und einer Schwächung der Legislative gegenüber der Exekutive – überhaupt nichts. Die SVP wird den Antrag deshalb geschlossen ablehnen.

Detailberatung:

Präsident Alex Achermann verliest den Wortlaut der beantragten Neufassung des § 22 Abs. 7:

„Unter Vorbehalt anders lautender Regelungen werden Vorstösse an einer der drei folgenden Sitzungen behandelt. Auf Antrag des Gemeinderats kann die Präsidentin oder der Präsident die Beratung an einer späteren Sitzung festlegen. Die Präsidentin oder der Präsident hat den Rat über solche Fälle zu informieren.“

Mit 21 Ja- und 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://:

6.1 Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats, § 22 Abs. 7, wird beschlossen.

6.2 Die Änderung tritt sofort in Kraft

Traktandum 7

Gesch. Nr. 119

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 14.9.2010
zum GLP/FDP-Postulat:

Vom Klimawandel, von Bananen und Kreiseln

Präsident Alex Achermann: Der Gemeinderat ist gegen die Überweisung dieses Postulats.

FDP/GLP: Pascal Treuthardt: Es geht um Bananenbäume am Kronenplatz. Er dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme. Der Kronenplatz war schon immer ein Ort, der zu guten Ideen angeregt hat. Es wollte schon einmal jemand ein Kunstwerk dort aufstellen; jetzt hat man ein paar Bananenstauden bekommen. Die Gärtnerei der Gemeinde setzt sich mit dem Pflanzen dieser Bananenbäume für eine bessere Biodiversifizierung ein. Sie achtet auch darauf, dass diese Bananenbäume artgerecht und frostsicher gelagert werden und dass ihnen nichts passiert, so dass man sie im nächsten Jahr wieder sehen kann. Die Gärtnerei geht sogar noch einen Schritt weiter. Sie denkt sehr entwicklungs-nachhaltig: Man hat Wasser-, Abwasser und Stromanschluss in diesem Beet. Zum Glück brauchen Bananenbäume nicht auch noch einen Internetanschluss; aber das kommt vielleicht auch noch in ein paar Jahren. Aber im Grossen und Ganzen macht die Gärtnerei eine sehr gute Arbeit und kümmert sich um diese Pflanzen. Nun hat man in diesem Vorschlag das Problem, dass der Gemeinderat sein eigenes Reglement nicht ändern will, oder zumindest damit warten will, bis er einen neuen Werkhof hat. Vielleicht hat man dann kein Gewächshaus mehr, wenn ein neuer Werkhof gebaut ist. Vielleicht liegt es daran, vielleicht hat er auch ein bisschen viel zu tun. Nun liegt es am Rat, ob er das Postulat tatsächlich überweisen will und damit dem Parlament Tür und Tor öffnen. Es gibt sicher Leute, die ihren Wählern versprechen würden, dass man das Waldsterben aufhalten könnte, wenn man Bananenbäume in Binningen für illegal erklären würde. Man erinnert sich, was mit den Lorbeerbäumen geschah, als man am Friedhof einen Umbau machte, und was es damals für eine lange Diskussion gab. Daher will der Votant dem Rat weitere Probleme dieser Art ersparen und zieht hiermit das Postulat zurück.

Präsident Alex Achermann: Das Postulat ist damit erledigt.

://:

Das Postulat wird zurückgezogen.

Traktandum 8**Gesch. Nr. 122**

Interpellation FDP vom 18.8.2010
Kinderspielplatz Drissel

Präsident Alex Achermann: Der Gemeinderat beantwortet die Fragen mündlich.

Gemeinderat Bruno Gehrig: Es geht um die Interpellation von Willy Müller vom 18. August 2010. Es betrifft den Kinderspielplatz hinten an der Ecke beim Paradieshofweg in Richtung Schrebergärten, nicht den grossen Spielplatz vorne. Man hatte auf diesem Kinderspielplatz fast ein Jahr lang immer wieder gewisse Probleme. Es gab auch Reklamationen wegen Nachtruhestörungen. Das Unangenehmste war: Wenn dort Feste von Jugendlichen stattgefunden hatten, lag hinterher viel Abfall herum, auch Scherben von zerschlagenen Flaschen. Willy Müller hat folgenden Fragen gestellt:

1. Warum wurde vom mobilen Jugendarbeiter Binningen/Bottmingen/Oberwil eine Bewilligung für einen 15. Geburtstag erteilt?
Antwort: Der mobile Jugendarbeiter hat überhaupt keine derartigen Bewilligungen zu erteilen. Da liegt ein Missverständnis vor. Der mobile Jugendarbeiter hat an diesem 6. August am frühen Abend die Jugendlichen aufgesucht und sie darauf aufmerksam gemacht, dass sie nach 22.00 Uhr den Platz verlassen müssen. Hinterher hat man dann festgestellt, dass wieder Vandalismus getrieben worden war, verbunden mit Nachtruhestörungen. Nebenbei bemerkt: Man konnte diese Gruppe ausfindig machen, mit ihr reden und eine Lösung finden.
2. Wer hat den Spielplatz aufgeräumt?
Antwort: Ganz einfach: der Werkhof.
3. Welchen Zeitaufwand benötigt der Werkhof für die Räumung?
Antwort: Jährlich sind das etwa 45 Stunden. Für den Vorfall vom 6. August entstand ein Aufwand von 5 Stunden.
4. Warum ist die Gemeindepolizei nicht in der Lage, diese Vandalen zu erfassen und diese zur Räumung aufzubieten?
Antwort: Die Gemeindepolizei hat einen 24-stündigen Pikett-Dienst während 365 Tagen. Es ist natürlich notwendig, dass Bürger, die etwas feststellen, dort anrufen. In der Nachtzeit geht der Kontakt über die Kantonspolizei, die dann die Gemeindepolizei aufbietet. In der Nacht vom 6. auf den 7. August hat weder die Kantonspolizei noch die Gemeindepolizei eine Aufzeichnung darüber, dass ein Anruf eingegangen ist. Wenn man erst am nächsten oder übernächsten Tag anruft, dann nützt das nichts mehr. Es muss sofort angerufen werden, damit die Polizei die Störer antreffen und die notwendigen Massnahmen ergreifen kann.
5. Ist es möglich, das Plakat mit den Öffnungszeiten so zu montieren, dass es nicht einfach weggenommen werden kann (analog zu öffentlichen Verbotstafeln)?
Antwort: Das ist inzwischen erfolgt. Es wurde dort eine Tafel fest montiert mit dem Hinweis, dass ab 22.00 Uhr der Platz nicht mehr benützt werden darf.
6. Ist es möglich, die Öffnungszeiten mit einem richterlichen Verbot zu versehen? Nur mit einem Verbot hat die Polizei die Möglichkeit, eine Busse zu verlangen.
Antwort: Nachdem nun diese Tafel dort angebracht wurde, können Personen, die den Platz trotzdem nach 22 Uhr benützen und Vandalismus oder Nachtruhestörung begehen, ebenso gut zur Rechenschaft gezogen und auch gebüsst werden. Man wollte nicht von Anfang an ein richterliches Verbot erlassen. Man will jetzt schauen, ob es so klappt und wird auch weiterhin Kontrollen durchführen, um Störungen, die von diesem Platz ausgehen, im Rahmen zu halten.
Nebenbei: Die vom Einwohnerrat verlangte Kabinen-Toilette ist inzwischen auch aufgestellt, und soweit man hört, wird das sehr begrüsst.

Der Interpellant Willy Müller, FDP, erklärt sich mit den Antworten einverstanden.

Traktandum 9 Gesch. Nr. 126

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010

Spiegelfeld-Schulhaus, Sanierung Schulhaus Nord und Aula, Informationen zum Vorprojekt

FDP: Willy Müller bedankt sich für den Zwischenbericht. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Sanierungsmassnahmen CHF 11,5 Millionen kosten. W. Müller erinnert daran, dass im Jahr 2002 die Gemeinde eine Schätzung von 3 bis 4 Millionen gemacht hatte. Er geht davon aus, dass die Gemeinde das Schulhaus bestens kannte, besser als externe Leute. Dann schätzte ein externes Ingenieurbüro 5 Millionen. Dann gab es das Submissionsverfahren mit externen Generalplanern, die in eine Kostenexplosion – zwischen 8 und 16 Millionen – mündete. Jetzt ist man bei CHF 11,5 Millionen. Das zeigt, dass Planungskosten – es waren CHF 580'000 bewilligt – proportional zu den Investitionskosten laufen. Hätte man die Hälfte bewilligt, so würden die Kosten vermutlich auch nur die Hälfte betragen. Zu den Terminen: Der Einwohnerrat, die Bau- und Planungskommission, aber auch die Gemeinde und der Gemeinderat haben alles unternommen, um den Projektierungskredit möglichst schnell zu sprechen. Er wurde Ende 2009 gesprochen. Gegenüber dem Terminplan des Geschäfts Nr. 54 ist man aber bereits mehr als ein Jahr im Verzug. Die FDP bittet, beim Kanton alles zu unternehmen, damit das Projekt zügig vorankommt. Das heisst, dass der Baubeginn, wie vorgesehen, noch im 2011 erfolgt und dass die Inbetriebnahme noch Ende 2012 erfolgt. Das ist die Gemeinde den Kindern, aber auch den Lehrkräften, schuldig. Der Kanton hat die Sanierung, soweit bekannt, in die Investitionsplanung aufgenommen, so dass dem Projekt nichts im Weg steht.

SVP: Fredy Gerber: Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht des Gemeinderates etwas skeptisch zur Kenntnis. Sie fragt sich, ob es mit den CHF 580'000 Planungskreditanteil wirklich getan ist, oder ob nicht doch noch irgendwelche Kosten, die man jetzt noch nicht beobachtet hat, auf die Gemeinde zukommen – hat doch die Gemeinde in nächster Zeit mit ihren diversen Grossprojekten relativ wenig finanzielle Luft nach oben. Die SVP möchte den Binninger Einwohnern Steuererhöhungen möglichst ersparen.

SP: Albert Braun kann Willy Müller voll unterstützen. Auch die SP erwartet, dass das Projekt jetzt möglichst rasch in Angriff genommen wird, nachdem die Sanierung schon seit Jahren oder Jahrzehnten hängig ist. Die Gemeinde fährt mit der Lösung, die der Kanton anbietet, sehr gut. Wenn der Gemeinde für Sanierungen, die sie machen musste, weniger als eine Million angerechnet wird, dann muss man das mit Handkuss entgegennehmen. Der Gemeinderat soll sich dafür einsetzen, dass es zügig vorangeht.

SVP: Christoph Anliker fragt, wie gross die Parzelle ist, resp. welcher Quadratmeterpreis mit dem Kanton vereinbart wurde.

Stellungnahme des Gemeinderats: *Gemeinderätin Nicole Schwarz:* Zum Punkt Übernahmepreis: Die detaillierte Übernahmevorlage einschliesslich der Preise wird dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Dies ist aber nicht Gegenstand der heutigen Vorlage. Zur Skepsis der SVP, was am Ende an der Gemeinde hängen bleibt: Ganz genau weiss man es noch nicht, aber die Gemeinde hat die feste Zusicherung, dass mit dem Übernahmegeschäft das Spiegelfeld-Schulhaus wirklich dem Kanton übergeben ist und damit die allfälligen Kosten, die mit der Sanierung verbunden sind, abgegolten sind. Wie viel von dem Projektierungskredit an der Gemeinde hängen bleibt, wird man feststellen können, wenn das Bauprojekt vorliegt. Zum Einfluss der Gemeinde auf das Bauprojekt, das dann an den Kanton übergeht: Dem Gemeinderat ist es auch ein Anliegen, dass das nun an die Hand genommen wird. Der ganze Gemeinderat kann auch heute noch dahinter stehen, dass man dem Einwohnerrat im vergangenen Jahr das Ja zu diesem Projektierungskredit abgerungen hat, im Wissen, dass das Projekt bald an den Kanton übergehen wird. Es liegt schriftlich vom Kanton vor, dass dieser sich jetzt, nachdem das Projekt schon derartig weit vorbereitet ist, an die Umsetzung machen wird. Man übergibt ein fertiges Projekt. Es ist auch schon besprochen, dass es einen

Nutzerausschuss geben wird, in dem die Nutzer mitreden können. Dies ist wichtiger, als dass die Gemeindeverwaltung dafür auch noch Zeit aufwenden muss. Nebenbei werden so auch bei der Bauverwaltung zeitliche Kapazitäten für andere Aufgaben frei.

SVP: Christoph Anliker hakt wegen der Grösse der Parzelle nach.

Gemeinderätin Nicole Schwarz kann keine Flächenangaben machen. Alles, was mit Sport zu tun hat, bleibt bei der Gemeinde. Alles, was Schule ist, geht an den Kanton. Es geht also um das heutige Primarschulhaus Spiegelfeld und den Umschwung darum.

Traktandum 10

Diverses

Präsident Alex Achermann weist auf eine schriftliche Information des Gemeinderats an den Einwohnerrat hin betr. aktueller Stand der Zusammenarbeit im Bereich der Zivilschutzorganisation.

Gemeinderätin Heidi Ernst erinnert an die Volksabstimmung vom 28. November, die ein wichtiges Geschäft betrifft, nämlich das 2. Alters- und Pflegeheim Schlossacker. Vorgängig dazu findet am 8. November im Kronenmattsaal eine öffentliche Veranstaltung statt, bei der man sich näher informieren kann. Nach jahrelanger Planung, in die auch die BPK des Einwohnerrates einbezogen war, liegt ein Projekt vor, dem der Einwohnerrat und der Gemeinderat einhellig zustimmen. Die Veranstaltung wird moderiert von Roger Ehret von Radio DRS. Alle wichtigen Exponentinnen und Exponenten von der Gemeinde und vom Stiftungsrat sind auf dem Podium vertreten, weitere Exponentinnen und Exponenten werden im Publikum anwesend sein und zur Verfügung stehen, zum Beispiel von Spitex und weiteren Einrichtungen, die räumlich in das APH integriert sein werden. H. Ernst regt auch Leserbriefe seitens der Fraktionen an, als Zeichen, dass man einheitlich hinter diesem Projekt steht.

FDP: Markus Ziegler: Findet das Papier, das der Gemeinderat zur Zusammenarbeit im Bereich Zivilschutzorganisationen vorgelegt hat, unglücklich. Er findet es zwar gut, wenn der Gemeinderat transparent informiert, aber das Thema ist nicht traktandiert.

Präsident Alex Achermann ist überzeugt, dass sich Mittel und Wege finden werden, um das Thema bei anderer Gelegenheit zu traktandieren.

SVP: Urs-Peter Moos fragt, seit wann bekannt ist, dass die Abstimmung APH Schlossacker Ende November stattfindet.

Gemeinderätin Heidi Ernst kann den Zeitplan aus der Erinnerung heraus nicht rekonstruieren.

Präsident Alex Achermann schliesst die Sitzung um 21.15 Uhr.